

Magdeburger Erklärung

Anlässlich der bevorstehenden Wahlen

der BAG Kindheit und Jugend
Magdeburg, 21. April 2024

Steigende Armutszahlen

In der Bundesrepublik hat sich die soziale Ungleichheit in den letzten Jahren verschärft. Die Armutsquote ist außerordentlich hoch. 14,2 Millionen Menschen, gleich 16,8 Prozent der Bevölkerung, gehörten 2022 in Deutschland zu den Einkommensarmen. „Deutlich überdurchschnittlich von Armut betroffen sind Kinder und Jugendliche. Mit 21,8 Prozent steigt ihre Armutsquote auf einen noch nie gemessenen traurigen Rekordwert. Außerordentlich stark betroffen sind mit 25,2 Prozent auch junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren, was auf den hohen Anteil Auszubildender und Studierender zurückzuführen sein dürfte.“¹ Nach wie vor würden Haushalte mit drei und mehr Kindern (31,6 Prozent) sowie Alleinerziehende (43,2 Prozent, ein Rekordwert!) die höchste Armutsbetroffenheit aller Haushaltstypen zeigen. Erwerbslose und Personen mit niedrigem Bildungsniveau (31,6 Prozent) seien ebenfalls überdurchschnittlich stark von Armut betroffen. Dies gelte auch für Menschen mit Migrationshintergrund (28,1 Prozent) und ohne deutsche Staatsangehörigkeit (35,3 Prozent)².

Fatales Kürzungsdiktat

Die Finanzierung der Jugendhilfe, der Bildung und weiterer notwendiger Sozialausgaben stehen seit langem unter massiven Druck, der aktuell durch die unsinnige Politik der Schuldenbremse, durch die Inflation und steigenden Ausgaben für Rüstung und Krieg noch verschärft wird. Und das alles vor dem Hintergrund explodierender Vermögen der Reichen und Superreichen. Der Zusammenhang zwischen der Armut der Vielen und dem Reichtum der Wenigen wird hierzulande viel zu selten thematisiert.

Wir blicken zurück auf Jahrzehnte neoliberaler Kürzungspolitik, die viele der heutigen Probleme erst verursacht hat. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Wohnungspolitik der Regierenden führt heute zu fehlendem Wohnraum, explodierenden Mieten und damit auch zu steigenden Sozialausgaben, ohne dass jemand außer der Wohnungswirtschaft von diesen Ausgabesteigerungen profitiert.

Inzwischen wird schon wieder auf der bundespolitischen Ebene über Kürzungen bei den Sozialausgaben diskutiert. Der Bundesfinanzminister macht kein Hehl daraus, Sozialkürzungen vornehmen zu wollen. Vertreter:innen der Unternehmerverbände und des Ifo-Instituts unterstützen erwartungsgemäß diese Forderung. Auf den Widerstand von SPD und Grünen kann man sich nicht verlassen.

Die Finanzierung für das fälschlich so genannte KiTa-Qualitätsgesetz nach 2025 ist nicht gesichert, obwohl im Bundesgebiet mehrere hunderttausend Kita-Plätze fehlen und qualitative Defizite vorhanden sind. Der Ausbau der Ganztagesbetreuung an den Schulen stellt für Länder und Kommunen eine riesige Herausforderung dar. Die sozialpolitischen Aufgaben wachsen, doch die Ressourcen werden nicht im gleichen Maße zur Verfügung gestellt. Die Gesellschaft benötigt eine gut ausgebaute und verlässlich finanzierte soziale

¹ „Armut in der Inflation – Paritätischer Armutsbericht 2024“, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Gesamtverband e. V., S. 8
² ebenda, S. 9

Die Linke

BAG Kindheit
und Jugend

Magdeburger Erklärung

Anlässlich der bevorstehenden Wahlen

Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und Familien. Das ist auch eine Voraussetzung für die Umsetzung der Kinderrechte, für barrierefreie, inklusive Zugänge zu Bildung und Ausbildung. So kann es beispielsweise nicht sein, dass fast 2,9 Millionen der 20- bis 34-Jährigen ohne einen Berufsabschluss sind, knapp 19 Prozent dieser Altersgruppe. Nur 18,9 Prozent aller Betriebe bieten überhaupt eine Ausbildung an! Gleichzeitig sank bundesweit das Bildungsniveau in Schulen³.

Jugendhilfe am Limit

Die Kinder- und Jugendhilfe befindet sich ebenfalls in einer ernsten Krise. Es fehlen Fachkräfte in allen Bereichen: in den Kindertageseinrichtungen, in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, in der Familienförderung, in der Jugendsozialarbeit, in den Jugendämtern, bei den Hilfen zur Erziehung, beim Allgemeinen Sozialen Dienst, für wohnungslose junge Menschen, in der Suchtberatungsstelle und vielem mehr. Leistungsangebote und Öffnungszeiten werden vielerorts eingeschränkt. Die Fachkräfte arbeiten am Limit, viele von ihnen sind erschöpft und werden krank. Nicht selten stehen Erzieher:innen allein vor ihren Gruppen und versuchen ihre Kinder mehr schlecht als recht zu betreuen. Es fehlt Geld für einen besseren Betreuungsschlüssel durch mehr Fachpersonal, für den Erhalt und die Sanierung der Einrichtungen, für barrierefreie Zugänge, für neue Einrichtungsangebote, für demokratische Bildung oder schlicht für eine bessere Versorgung mit Mittagessen. Die Folgen spüren die Kinder, Jugendlichen und ihre Familien.

Sie brauchen stattdessen bessere, leichtere und offene Zugänge zu Unterstützung und Hilfen. Eine gut ausgebaute soziale Infrastruktur verhindert nachhaltig teure Hilfen zur Erziehung und geschlossene Unterbringung am Ende von „Heimkarrieren“.

Bundesweit schlagen Expert:innen, Pädagog:innen, Bündnisse und Verbände seit einigen Jahren Alarm. Im November des vergangenen Jahres kam es zu bundesweiten Aktionstagen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit. In Berlin wurde am 9. April ein Nationaler Kinderschutzgipfel von der BAG ASD und dem SOS Kinderdorf veranstaltet, zu dem bundesweit eingeladen wurde. Und Anfang Mai findet ein landesweiter Kinder- und Jugendgipfel unter dem Motto „Tu was, Hamburg!“ statt, um auf die Situation in allen Bereichen der Jugendhilfe hinzuweisen und sie grundlegend zu verändern.

Wir müssen dringend und gemeinsam mit Bündnispartner:innen handeln und widerständig sein!

Hierin liegt unsere Aufgabe als sozialistische Linke. Wir haben keine Zeit, nach der Spaltung von Bundestagsfraktion und Partei Wunden zu lecken. Unsere Wahlumfragewerte sind derzeit desolat. Die Zukunft unserer Partei hängt von der Stärke unseres Willens ab, für unsere gesellschafts- und sozialpolitischen Überzeugungen und für unsere Lösungsvorschläge zu streiten – auf der Straße und in den Parlamenten. Nur wenn wir jetzt gemeinsam im Bündnis mit vielen Mitstreiter:innen für unsere Ziele und für eine bessere Gesellschaft kämpfen, haben wir noch eine Chance. Wir müssen Vertrauen zurückgewinnen. Nach all den Krisen und Verwerfungen wartet im Jahr 2024 niemand mehr auf Die Linke.

³ <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/arbeitsmarkt-fast-29-millionen-junge-erwachsene-ohne-berufsabschluss/100029468.html>



Magdeburger Erklärung

Anlässlich der bevorstehenden Wahlen

Dem Rechtsruck entgegenzutreten

Das Erstarken der AfD und ihre drohende Machtbeteiligung sind eine existenzielle Gefahr. Programmatik und politische Praxis dieser rechtsextremen Partei sind auf Ausgrenzung ausgerichtet, wenden sich gegen den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft und gegen die Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession.

Der aktuelle Rechtsruck ist auch eine Antwort auf die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte. Wir werden ihm nur begegnen können, wenn wir gleichzeitig die Verantwortung der Regierenden für die aktuellen Probleme und Herausforderungen deutlich machen und gleichzeitig aufzeigen, dass die Rechten keine Lösungen anzubieten haben. Mit Entsetzen sehen wir beispielsweise in Umfragen, dass die Mehrheit der Menschen in Deutschland derzeit hinter der Schuldenbremse steht, die gleichzeitig jeden noch so kleinen sozialen Fortschritt blockiert. Es ist an uns, die neoliberale Hegemonie, die zu diesen Überzeugungen führt, zu entlarven. Nur wenn wir sie durchbrechen, werden wir Mitstreiter:innen für Frieden, Antifaschismus und soziale Gerechtigkeit finden und auch Wahlen erfolgreich bestreiten. Wir setzen uns ein für Friedens- und Demokratiebildung gegen Rechts in den Arbeitsfeldern der sozialen Arbeit.

Reichtum umverteilen

Reichtum muss umverteilt werden. Selbst der neoliberale Internationale Währungsfonds und die OECD sprachen sich für eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer aus. Die Linke will für Vermögen ab einer Million Euro 5 Prozent Vermögensteuer erheben.

Kämen eine Erbschaftssteuer für Superreiche, die radikale Besteuerung von Übergewinnen, die Entlastung unterer und mittlerer Einkommen, eine Erhöhung der Spitzensteuersätze, die Steigerung der Körperschaftssteuer auf 25 Prozent, verbesserte Steuerprüfungen bei Reichen und Unternehmen sowie die Reformierung der Gewerbesteuer zu einer weiterentwickelten Gemeindewirtschaftssteuer hinzu, stünde genug Geld zur Behebung drängender gesellschaftlicher Probleme zur Verfügung.

Prioritäten setzen!

Wir erwarten von der Bundesregierung Programme zur Bewältigung sozialer Not, für ein besseres Bildungswesen, für den Ausbau einer leistungsfähigen und familienorientierten Kinder- und Jugendhilfe, für bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen und Familien und zur Bekämpfung der Klima- und Umweltkatastrophe. Es ist eine Frage der Prioritätensetzung. Frieden mit immer mehr Waffen erzwingen zu wollen, führt auf lange Sicht weltpolitisch in eine Sackgasse. Es braucht eine andere Strategie, denn einen dauerhaften weltweiten Frieden kann es nur mit Abrüstung und Deeskalation geben. Nicht Wettrüsten, sondern eine Politik im Sinne einer stärkeren Kooperation für neue Sicherheits- und Abrüstungsverträge und eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ist notwendig. Das Ziel muss die Überwindung aller Militärbündnisse durch einen Prozess hin zu einer globalen Friedensordnung sein. Das böte einer weltweiten Bekämpfung von Hunger und Armut, für Klima- und Umweltschutz eine bessere Perspektive.

Auch dafür gilt es zu streiten, nämlich für die überfällige Aufnahme der Kinderrechte gemäß der UN-Kinderrechtskonvention in das Grundgesetz!